

Beschluss des Landrats vom 14.09.2023

Nr. 49

16. Fragestunde der Landratssitzung vom 14. September 2023 2023/424; Protokoll: cr

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) erinnert an die Regeln der Fragestunde. Die Fragestellenden können maximal zwei Zusatzfragen stellen, alle anderen Landratsmitglieder maximal eine. Zulässig sind nur Zusatzfragen und keine Erklärungen oder Einleitungen. Gemäss § 51 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Landrats sollte die Fragestunde nicht länger als 30 Minuten dauern.

1. Stefan Degen: Impfkampagne gegen Covid

Stefan Degen (FDP) sagt, in der Antwort auf Frage 2 werde nicht auf die in der Frage erwähnten drei Varianten eingegangen. Auf Frage 3 wird gar keine Antwort gegeben, es ist jedoch nicht verständlich, wie diese mit der Antwort auf die Frage 2 bereits beantwortet sein soll. Daraus ergibt sich als Zusatzfragen 1 und 2 die Bitte um *Erläuterung der Antworten auf die Fragen 2 und 3*.

Laura Grazioli (Grüne) stellt folgende Zusatzfrage: *Mit wie viel Geld gedenkt die Regierung, die jetzt auch amtlich bestätigt nicht so wirksamen Medizinprodukte im kommenden Herbst zu subventionieren?*

Peter Riebli (SVP) stellt folgende Zusatzfrage: *Welche Tests muss ein auf die neuen Erreger angepasster Impfstoff bestehen, um in der Schweiz überhaupt zugelassen zu werden?*

Antwort: Regierungsrat **Thomi Jourdan** (EVP) ist nicht Infektiologe und kann nicht auf alle Zusatzfragen im Detail antworten.

Auf die Frage 2, welche die Wirksamkeit des jetzigen Impfstoffes betrifft, wurde geantwortet, dass zwar eine geringere Wirksamkeit bestehe, Risikogruppen mit der Impfung jedoch einen höheren Schutz erhielten. In diesem Sinne wird die Impfpflicht ausgesprochen. In der Antwort steht gleichzeitig, dass das Risiko einer schweren Covid-19-Erkrankung bei Personen ohne Risikofaktoren aufgrund der bestehenden Immunität grundsätzlich gering sei und entsprechend die Impfpflicht für diese Gruppe nicht bestehe.

Die Fragen von Laura Grazioli und Peter Riebli werden im Nachgang schriftlich beantwortet. [[vgl. Nachtrag](#)]

2. Sven Inäbnit: Umsetzung der nationalen Pflegeinitiative

Sven Inäbnit (FDP) bittet als Zusatzfrage um nachträgliche Beantwortung der Frage, *welches die Grundhaltung des Regierungsrats sei, wie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen das Gesetz auf nationaler Ebene ausgearbeitet werden solle: Hat der Regierungsrat eine dirigistische Haltung oder soll das Gesetz eher liberal ausfallen?* Die Antwort auf diese Frage ist leider nicht ersichtlich. Die Arbeitsbedingungen sind ein viel schwierigeres Thema als die Ausbildungsoffensive, die bereits läuft.

Antwort: Regierungsrat **Thomi Jourdan** (EVP) bestätigt, die Antwort sei etwas kurz ausgefallen. Die Arbeitsbedingungen sind und waren schon immer auch eine betriebliche Aufgabe. Daher besteht die Erwartung, die Betriebe in die Verantwortung zu nehmen. Es kann nicht sein, dass der Staat die Aufgabe alleine löst. Man muss jedoch gleichzeitig anerkennen, dass ein gewisses Marktversagen besteht. Das hat vielleicht auch mit berufsständischen Vorstellungen zu tun – dies

sagt Regierungsrat Thomi Jourdan als jemand, der einige Jahre im Bereich der Organisationsentwicklung gearbeitet hat. Es braucht im Berufsstand Pflege eine neue Diskussion, im Kontext von «skill and grade mix», um für jene, die bereits im Beruf sind, die Attraktivität zu erhöhen, indem sie die gelernten Kompetenzen auch wirklich anwenden können und nicht immer dazu verdonnert werden, sich in der Administration einbringen zu müssen. Bei der Eröffnung des Berufszentrums Gesundheit hat der Redner bereits gesagt, dass die ganze Thematik der Administration im Gesundheitswesen und in der Pflege im Speziellen geprüft werde. Die Administration beträgt heute zwischen 30 und 50 % der Arbeitszeit. Dies soll reduziert werden. Denn die Rechnung ist relativ einfach: Können administrative Tätigkeiten von 50 auf 25 % vermindert werden, gewinnt man erstens viel Personal für die Pflegearbeit und stärkt zweitens die Motivation, weil davon auszugehen ist, dass Pflegefachleute sich nicht primär wegen der Administrationstätigkeit für den Beruf entschieden haben, sondern um den Menschen zu dienen und zu helfen.

Urs Roth (SP) meint, das zweite Paket werde nicht zum Nulltarif zu haben sein, auch wenn die Ausgestaltung noch in der Schwebe sei. Zusatzfrage: *Ist der Regierungsrat auch der Auffassung, dass neben den betrieblichen Verantwortlichen die finanziellen Träger (Spital: Kanton; Langzeitpflege: Gemeinden) miteinbezogen werden müssen?* Die Massnahmen können nur ergriffen werden, wenn sie auch refinanziert werden können.

Antwort: Regierungsrat **Thomi Jourdan (EVP)** wird sich hüten, weiterreichende Aussagen zu machen, ohne Grundlagen des Bundes dazu zu haben, in welche Richtung dessen Bestrebungen gehen, bevor im Kanton selbst und zusammen mit dem Kanton Basel-Stadt eine Auslegeordnung zum Thema gemacht worden wäre, und bevor man mit den Betrieben und Verbänden zusammensitzen konnte. Trotzdem besten Dank für den Hinweis, natürlich müssen auch die Gemeinden miteinbezogen werden. Der Kanton wird dabei als Empowerer betrachtet und nicht als einer, der etwas vorschreibt. Dies als Grundsatz; konkret wird es dann, wenn die Vorlage vorliegt.

3. Adil Koller: Die Krankenkassenprämien steigen auch 2024 deutlich an – was tut die Baselbieter Regierung?

Urs Roth (SP) geht davon aus, dass bei der Prämienverbilligung mit der Erhöhung der Richtprämie richtige Massnahmen aufgegleist worden seien und dass dies im Rahmen des Aufgaben- und Finanzplans zu sehen sein werde. Dies reicht aber nicht aus. Es braucht eine Ausweitung des Bezückerkreises. Daher folgende Zusatzfrage an den Finanzdirektor: *Bezieht der Regierungsrat eine Ausweitung des Bezückerkreises in die Erwägungen mit ein?*

Antwort: Regierungsrat **Anton Lauber (Die Mitte)** führt aus, der Regierungsrat beschäftige sich in der Tat mit dieser Fragestellung, dies im Zusammenhang mit dem viel genannten Prämienschock. Letztes Jahr wurde mit der Richtprämie reagiert, wie richtig gesagt wurde. Der Bund führt ebenfalls Diskussionen dazu, wie es wegen des Prämienanstiegs und generell wegen der steigenden Gesundheitskosten weitergehen soll. Es liegt ein Gegenvorschlag zur von der SP eingereichten Prämien-Entlastungs-Initiative (Geschäft Nr. 21.063) vor, der mehrheitsfähig sein und einen Meilenstein darstellen könnte, wie das System der Prämienverbilligung weiterentwickelt werden soll. Auf Kantonsebene sind ein Vorstoss von Adil Koller und einer von Béatrix von Sury d'Aspremont pendent. Dabei wird untersucht, welche Mittel es gibt, ohne mit einer Giesskanne zu arbeiten, um die Prämienverbilligungen in den beabsichtigten Bereichen der unteren Einkommen zu stärken. Es geht nicht um die tiefsten Einkommen, weil die Krankenkassenprämien bei Sozialhilfe- und Ergänzungsleistungsbezug gedeckt sind. Daher geht es um jene, die knapp über den Existenzminima liegen. Die Einkommensgrenze liegt derzeit bei CHF 85'000.– bzw. CHF 95'000.– bei zwei Kindern. Diese Grenzen werden genauer untersucht und sind auf dem Radar. Aber wie weit die Gren-

zen verschoben werden sollen, um die Mengenausweitung zu erreichen, kann jetzt noch nicht gesagt werden. Denn es gibt noch andere Mittel und Möglichkeiten. Zurzeit werden mehrere Varianten konkret geprüft und der Regierungsrat wird einen Vorschlag in den Landrat bringen.

4. Christine Frey: Neuer Vorgang bei Bestellung von Grundbuchauszügen

Keine Zusatzfragen.

5. Andi Trüssel: Personaldecke im Polizei Korps

Andi Trüssel (SVP) hat zwei Fragen zur Antwort 2. Zusatzfrage 1: *Welche administrativen Arbeiten sind gemeint?* Zusatzfrage 2: *Betrifft die Ausdünnung die Anzahl oder die Ausstattung der Patrouillen?*

Jan Kirchmayr (SP) interessiert als Zusatzfrage ebenfalls, *worum es sich bei den administrativen Tätigkeiten handle und wie diese reduziert werden können.*

Marc Schinzels (FDP) Zusatzfrage ist grundsätzlicher Art: *Ist es aus Sicht des Regierungsrats die richtige Prioritätensetzung, wenn mehr Personen für die Abarbeitung von administrativen Angelegenheiten delegiert und von der Strasse weggenommen werden?* Soweit Marc Schinzel bekannt ist, wurde dies in der Justiz- und Sicherheitskommission anders behandelt und es wurden andere Prioritäten gesetzt.

Für **Peter Riebli** (SVP) kann es nicht der Sinn der Polizei sein, Schreibtischtäter zu werden. Zusatzfrage: *Ist der Regierungsrat nicht auch der Meinung, dass die Polizei stattdessen und statt im Büro zu versauern kriminelle Taten auf der Strasse verhindern sollte? Was kann dagegen unternommen werden?*

Marco Agostini (Grüne) verweist auf Frage 3, in welcher die Rede von einer Aufstockung ist. Zusatzfrage: *Ist die Meinung, dass ausschliesslich neue Bewerbende oder auch interne Bewerbende aufgenommen werden sollen?* Würde es sich nur um neue handeln, wären jene mit Aufenthaltsbewilligung zum vornherein ausgeschlossen.

Jacqueline Bader (FDP) fragt sich, ob Polizistinnen und Polizisten, die physisch und im Umgang mit Waffen gut sein müssen, nach einer so teuren Ausbildung wirklich hinter den Schreibtisch verbannt werden sollen. Zusatzfrage zu Antwort 2: *Gäbe es nicht günstigere Lösungen (z. B. Studierende)?*

Landrats-Vizepräsident **Peter Hartmann** (Grüne) informiert, weil Regierungsrätin Kathrin Schweizer heute an der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren teilnehme, würden die Fragen durch Regierungspräsidentin Monica Gschwind beantwortet.

Antwort: Regierungspräsidentin **Monica Gschwind** (FDP) nimmt die Fragen auf und wird sie zur nachträglichen Beantwortung an Regierungsrätin Kathrin Schweizer weiterleiten. [vgl. [Nachtrag](#)]

6. Laura Grazioli: Polizeilich durchsetzbare Zwangsimpfung zweier Kinder

Laura Grazioli (Grüne) dankt dem Regierungsrat für die eigentlichen Nicht-Antworten. Wie sie selbst informiert ist, hat im konkreten Fall nie eine Kindesanhörung stattgefunden. Zusatzfrage 1: *Wird sich der Regierungsrat dafür einsetzen, dass das Einführungsgesetz zum ZGB unter 4.2 dahingehend ergänzt wird, dass eine laut UN-Kinderrechtskonvention verlangte Kindesanhörung vor*

Zwangsmassnahmen zukünftig der obligatorische Regelfall wird, das rechtliche Gehör von Veranlassenden sichergestellt und ihre Urteilsfähigkeit geprüft wird – sowohl zukünftig generell als auch im spezifischen Fall?

Wie man es auch dreht und wendet, es ist nicht logisch, dass sich Bundesgericht und KESB an der Impfpflicht des BAG orientieren und zum Schluss kommen, dass die Empfehlungen mit Zwang durchgesetzt werden. Zusatzfrage 2: *Wird der Regierungsrat zulassen, dass die Zwangsimpfung im Kanton Basel-Landschaft gegen den Willen der Betroffenen durchgeführt wird – notabene wohl einen Tag, nachdem hier im Saal die Schweizerische Bundesverfassung gross gefeiert wurde?* Laura Grazioli wäre froh um eine zeitnahe Beantwortung, weil die Frist morgen abläuft.

Marc Schinzel (FDP) sagt, es gehe nicht um die Impfung, sondern darum, dass die elterliche Verantwortung offensichtlich nicht wahrgenommen worden sei. Es handelt sich um ein Versagen der elterlichen Verantwortung. Zusatzfrage: *Was wird im Kanton unternommen, damit Polizistinnen und Polizisten nicht zum Handkuss kommen, wenn die Eltern ihre Verantwortung nicht wahrnehmen?*

Adil Koller (SP) wünscht als Zusatzfrage eine Auslegeordnung zur Gewaltenteilung.

Nach **Peter Rieblis** (SVP) Wissen müssen bei einer Impfung beide Elternteile einverstanden sein. Sind sie sich nicht einig, wird normalerweise nicht geimpft. Zusatzfrage: *Kann man davon ausgehen, dass die KESB künftig bei Uneinigkeit des Elternpaars immer Zwangsimpfungen anordnen wird und dass man dies bis vor Bundesgericht weiterziehen kann?*

Landrats-Vizepräsident **Peter Hartmann** (Grüne) gibt bekannt, Regierungspräsidentin Monica Gschwind antwortete erneut stellvertretend für Regierungsrätin Kathrin Schweizer.

Antwort: Regierungspräsidentin **Monica Gschwind** (FDP) verweist auf die Antwort auf Frage 1, wonach es sich um eine Rechtsanwendung im Einzelfall handle. Adil Koller hat Recht: Das Bundesgericht hat entschieden und die KESB und die Polizei angewiesen und selbstverständlich gilt es dies auszuführen – sofern die Frist von der Mutter nicht eingehalten wird. Wie Laura Grazioli sagte, ist die Frist noch nicht abgelaufen. Dies gilt es erst abzuwarten.

Eine allgemeine Bemerkung: Das Kindeswohl kann am besten geschützt werden, wenn die Eltern ihren Streit unter sich und nicht auf dem «Buckel» ihrer Kinder austragen. Das lehrt einen die allgemeine Lebenserfahrung. Das schlimmste, was geschehen kann, ist, dass Kinder im Mittelpunkt eines Streits zwischen Elternteilen stehen und dabei möglicherweise für die eine oder andere Seite instrumentalisiert werden. Dies gilt es, wenn immer möglich, unbedingt zu verhindern. Die weiteren Fragen sind aufgenommen und werden von Regierungsrätin Kathrin Schweizer beantwortet. [vgl.

[Nachtrag](#)]

7. Désirée Jaun: Rheintunnel und Verkehrsbelastung Ortsdurchfahrt Birsfelden

Désirée Jaun (SP) dankt für die Beantwortung ihrer Fragen, aber es nimmt sie wunder, ob sich die Birsfelder Bevölkerung angesichts der Antworten ernst genommen fühlt. Denn es geht nicht nur um die Anzahl Fahrzeuge, die tagtäglich auf der Ortsdurchfahrt verkehren, sondern vor allem um den inzwischen fast täglichen Stau, der oft bereits Mitte Nachmittag beginnt. Dieser wird kaum hausgemacht sein.

Zusatzfrage 1: *Auf welche Quelle aus welchem Jahr stützt sich die Aussage, dass 75 % des Verkehrs Ziel- und Quellverkehr von Birsfelden und der Breite sei?* Seit einigen Jahren gibt es in Birsfelden ein System, nach welchem die stark belasteten kommunalen Strassen jeweils von Montag bis Freitag zwischen 16 und 19 Uhr für den Durchgangsverkehr gesperrt ist. Die Einwohnerinnen

und Einwohner von Birsfelden haben eine Durchfahrtsbewilligung und nutzen das System auch, um nicht im Stau auf der Hauptstrasse zu stehen. Darum kann beobachtet werden, dass sich der Abendstau nicht zu einem hohen Anteil aus Ziel- und Quellverkehr zusammensetzen kann.

Zusatzfrage 2: *Wieso wurde eine Verkehrsmanagement-Anlage, also ein Tropfensystem, zwischen der Tramschlaufe und dem Erdnüsslikreisel seit 2014 durch den Regierungsrat und die Task-Force Anti-Stau nie neu beurteilt, dies obwohl sich die Dinge in zehn Jahren geändert haben und das Thema in mehreren Projekten immer wieder aufgekommen ist?*

Roman Brunner (SP) stellt folgende Zusatzfrage: *Wann und wie wird sich der Regierungsrat dafür einsetzen, dass das ASTRA seine Haltung überprüft und solche Massnahmen seitens ASTRA vertieft angeschaut werden? Soll zuerst der Rheintunnel fertig gebaut werden?*

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) verweist auf die schriftlichen Antworten. Die Birsfelder Bevölkerung soll und darf sich ernst genommen fühlen. Kürzlich war der Regierungsrat zu diesem Projekt in Birsfelden und ist dort Rede und Antwort gestanden zu Fragen aus der Bevölkerung. Die Bevölkerung kann sich auch ernst genommen fühlen, weil die Antwort auf die Zusatzfrage bereits schriftlich vorliegt: Die neu geplante Lichtsignalanlage soll den Verkehr so regulieren, dass in der Regel im Zentrum kein Stau mehr entstehen soll. Es ist also auch dem Kanton ein Anliegen und wird so geplant. Auf Prime News war letzthin ein Interview mit dem Gemeindepräsidenten zu lesen. Dabei wurde festgehalten, dass das Vorhaben einen rechten Mehrwert für Birsfelden und sein Ortszentrum schaffen kann. Es ist nicht wegzudiskutieren, dass der Verkehr bleiben wird – das kann man nicht und muss man nicht. Denn es handelt sich um eine eidgenössische Hauptstrasse gemäss Durchgangsstrassenverordnung.

Es wird mit Zahlen gearbeitet, die so aktuell sind, dass sie auch brauchbar sind. Die meisten meinen, es handle sich um reinen Durchgangsverkehr. Die Realität ist jedoch, dass der allergrösste Teil des Verkehrs hausgemacht ist (Ziel- und Quellenverkehr). Das zeigen alle Statistiken. Man muss immer schauen, wo gehandelt werden kann und wer handeln kann. Entsprechend ist die Antwort ausgefallen. Dem Kanton ist es ein Anliegen – und das hat er beim Bund bereits eingebracht und wird es laufend weiter einbringen –, dass Projekte zur Ortsdurchfahrt Birsfelden einerseits und die übergeordneten Massnahmen wie der Rheintunnel oder der Vierspurausbau Hagnau–August andererseits tatsächlich geprüft werden und zwar durch das zuständige ASTRA.

Adil Koller (SP) ist sich sicher, dass auch Regierungsrat Isaac Reber auf konkrete Fragen konkrete Antworten haben möchte. Folgende konkrete Zusatzfrage: *Was ist die Datengrundlage für die Aussage, dass 75 % des Verkehrs Ziel- und Quellverkehr von und aus Birsfelden sei, und aus welchem Jahr stammt das Datenmaterial?* Diese präzise konkrete Frage hat Désirée Jaun gestellt und sie wird wohl eine präzise konkrete Antwort darauf haben wollen.

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) erklärt, es sei die aktuellste Zahl, die vorhanden sei. Sie ist auch absolut plausibel, weil sie genau dem entspricht, was der Regierungsrat vorhin ausgeführt hat. Alle meinen immer, der Verkehr stamme von anderen, dabei kommt er meist von einem selber. Von wann genau die Zahl stammt, könnte das Tiefbauamt sofort beantworten.

://: Alle Fragen sind beantwortet.
